

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 3. Dezember 1959

Blatt 2357

Ein Appell des Städtebundes an den Nationalrat

=====

Zur Frage der Gewerbekapitalsteuer

3. Dezember (RK) Der Hauptausschuß und der Finanzausschuß des Österreichischen Städtebundes traten gestern Mittwoch im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz der Bürgermeister Jonas, Wien, und Dr. Speck, Graz, zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um eine Reihe bedeutender Fragen zu beraten.

Nach einem Bericht von Vizebürgermeister Slavik, Wien, über gegenwärtig in Beratung stehende Steuerfragen beschlossen der Hauptausschuß und der Finanzausschuß einstimmig folgende Resolution: "Durch die zuwartende Haltung des Bundesministeriums für Finanzen nach Veröffentlichung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 18. Oktober 1958 - nicht durch das Erkenntnis selbst - ist die Gewerbesteuer vom Gewerbekapital zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden und der Bundesfinanzverwaltung geworden, wobei den Gemeinden nicht nur die Höhe des ihnen drohenden Steuerverlustes nicht zugemutet werden kann, sondern auch das Vertrauen in die Vorgangsweise des wichtigsten Vertragspartners erschüttert wird.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Österreichische Städtebund, der Österreichische Gemeindebund und die Finanzreferenten der Bundesländer noch vor dem 30. Juni 1959, dem Ablauf der vom Verfassungsgerichtshof gesetzten Frist, die Forderung erhoben haben, Vorbereitungen zur gesetzlichen Neuregelung dieser Steuer zu treffen, das Bundesministerium für Finanzen aber statt dessen den bekannten Erlaß vom 17. Juni 1959 herausgegeben und damit bekundet hat, daß es für sich selbst auf die Gewerbekapitalsteuer verzichten, durch die Verweigerung der

./.

Wiedereinführung aber gleichzeitig die Basis des nach außerordentlich schwierigen und zeitraubenden Verhandlungen zustandegewonnenen Finanzausgleiches erschüttern will. Wenn schon der Verzicht des Bundes auf die ihm zustehenden 40 Prozent dieser Steuer im Hinblick auf die verschiedenen unerfüllbaren Wünsche einzelner Ressorts der Bundesverwaltung als unverständlich bezeichnet werden muß, wird die Vorgangsweise des Bundesministeriums für Finanzen unannehmbar, wenn es bereit ist, Steuerquellen der Gemeinden aufzugeben.

Der Österreichische Städtebund hat am 3. September 1959 die parlamentarischen Fraktionen ersucht, diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Er sieht sich nunmehr gezwungen, einen offiziellen und offenen Protest an den Bundesgesetzgeber zu richten.

Der Österreichische Städtebund appelliert mit allem Nachdruck an den österreichischen Nationalrat, im Wege eines Beschlusses das Bundesministerium für Finanzen mit der Wiederherstellung der Gewerbesteuer vom Gewerbekapital zu beauftragen."

Magistratsrat Dr. Schütz, Wien, berichtete über den Stand der Beratungen über den Entwurf des neuen Straßenpolizeigesetzes und über die Stellungnahme, die das Sekretariat des Städtebundes gegenüber dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau abgegeben hat; ein weiterer Bericht des gleichen Referenten behandelte den vom Städtebund ausgearbeiteten Entwurf einer Gemeinde-Verfassungsnovelle, der gegenwärtig mit dem Österreichischen Gemeindebund beraten wird.

Nach einem Bericht von Bürgermeister Dr. Koref, Linz, über die gegenwärtigen Arbeiten des Internationalen Gemeindeverbandes genehmigte sodann der Hauptausschuß Richtlinien über die Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen mit der Presse, die von einer Pressekommission des Österreichischen Städtebundes ausgearbeitet worden waren.

Im Rahmen der von Sekretär Schweda vorgelegten Sekretariatsberichte beschloß der Hauptausschuß, zu der im Jänner 1960 in Straßburg stattfindenden III. Europäischen Gemeinde-Konferenz des Europarates die Bürgermeister Jonas, Dr. Koref und DDr. Lugger zu entsenden.

F, J und T fahren über die Zweierlinie
=====

3. Dezember (RK) Samstag, den 5., und Sonntag, den 6. Dezember, kann die Landstraßer Brücke wegen Bauarbeiten auch von Straßenbahnzügen nicht befahren werden.

Dadurch sind nachstehende Verkehrsmaßnahmen erforderlich:

Die Züge der Linie F werden am Samstag, dem 5. Dezember, jene der Linie T am Samstag, dem 5., und Sonntag, den 6. Dezember, in beiden Fahrtrichtungen zwischen Landstraßer Hauptstraße und Bellariastraße über die Linie 2, die Züge der Linie J gleichfalls an beiden Tagen und in beiden Fahrtrichtungen zwischen Landstraßer Hauptstraße und Josefstädter Straße über die Linie 2 abgelenkt.

Die nur früh und abends verkehrenden Züge der Linien 74 und 75 werden nicht zum Schwarzenbergplatz, sondern ebenfalls ab Landstraßer Hauptstraße, Invalidenstraße über die Linie 2 geführt und kehren am Heumarkt bei der Johannesgasse um.

Die Anschlüsse zwischen den Zügen der genannten Linien und jenen der Ringlinien sind in beiden Richtungen nur durch Zurücklegen der erlaubten Gehstrecke über die nicht gesperrten Gehsteige der Landstraßer- und Stubenbrücke zu erreichen. Dies gilt besonders für die Anschlüsse zwischen den ersten und letzten Zügen dieser Linien.

- - -

Parteienverhandlungen abgeschlossen!Am 11. Dezember Konstituierung des Wiener Gemeinderates
=====

3. Dezember (RK) Die Parteienverhandlungen im Wiener Rathaus, die gestern, Mittwoch, um 20 Uhr, begonnen wurden, sind heute, kurz nach Mitternacht, abgeschlossen worden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird den zuständigen Parteikörperschaften heute abend zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die konstituierende Sitzung des neuen Wiener Gemeinderates wird am Freitag, dem 11. Dezember, stattfinden. Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 werden voraussichtlich am 16. Dezember beginnen.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 7. bis 13. Dezember
 =====

3. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 7. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Tonis Georgiou (Händel, Schubert, Schumann, Chopin, Hadzidakis, Schostakowitsch, Prokofieff)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Jazzkonzert
	Mozartsaal (KH) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus IV der KHG; Wr. Konzert- hausquartett
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dr. Eva Badura-Skoda "Urtextprobleme" in Meister- werken des 18. und 19. Jahr- hunderts (mit Lichtbildern)
Dienstag 8. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Klavierabend Elly Ney (Beethoven: Andante F-dur, Sonaten Es-dur, op. 31/3 und C-dur, op. 53; Brahms: Sonate f-moll op. 5)
	Mozartsaal (KH) 15.30	Arbeitersängerbund Döbling: Chorkonzert (Händel: Frohsinn und Schwermut)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus IV; Wr. Konzerthausquartett (Haydn: Streich- quartett G-dur op. 77/1; Pfitzner: Sextett op. 150; Brahms: Streich- sextett B-dur, op. 18)
	Schubertsaal (KH) 15.30	Liechtenthaler Männergesangsverein: Chorkonzert
	Schubertsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: 4. Abend im Kantatenzyklus; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S.Bach: Cembalokonzerte A-dur und f-moll; Brandenburgisches Konzert Nr. 3; Kantate Nr. 151 "Süßer Trost")

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 9. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Johanna Matz (Sprecherin), Dirigent Miltiades Caridis (Berger: Drei Schubertfenster; Prokofieff: Peter und der Wolf; Dvořák: 5. Symphonie)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Josef Dichler (Bach, Mozart, Chopin, Ravel, Otaka, Berg, Honegger, Granados)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Hausmusikabend der Violinklasse Margarete Biedermann, Zw.X
Donnerstag 10. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Dirigent Miltiades Caridis (Wiederholung vom 9.Dez.)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Jeanne Manchon, Paris (Franck, Debussy, Schumann)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 5. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wr. Symphoniker, Elli Lewinsky (Cello), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Beethoven, Breval, Rimsky-Korssakow, Prokofieff, Wagner)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Carl Nödl "Musik und zeitgenössische Dichtung"
Freitag 11. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM, Dirigent Miltiades Caridis
	Brahmssaal (MV) 19.30	Universitätssängerschaft "Waltharia": Chorkonzert, Dirigent Augustin Kubizek (Gallus, Schütz, Buxtehude, J.N.David, Kubizek, O. di Lasso)

3. Dezember 1959

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2362

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Freitag 11. Dez.	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 6. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen, Dirigent Milo Wawak (Wiederholung vom 10. Dez.)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 5. Konzert im Zyklus II; Klavierabend Paul Badura-Skoda (Haydn: Sonate c-moll; Schubert: Sonate B-dur; Beethoven: Hammerklaviersonate)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Öffentliche Reifeprüfung - Violine (Externisten)
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Hausmusikabend der Klavierklasse Stefanie Regler
Samstag 12. Dez.	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: Furtwängler- Gedächtniskonzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Beethoven: 8. Symphonie; R. Strauss: Sinfonia domestica)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM, Dirigent Miltiades Caridis
	Brahmssaal (MV) 19.30	Wiener Akademie-Kammerchor: Abschieds- konzert, Dirigent Thomas Christian David (Schütz, de Pres, de la Rue, Palestrina, Bach, Mozart, Brahms, Debussy, Hindemith)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Österr. Arbeitersängerbund: Chorkonzert und Schiller-Feier
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: 1. Klavierabend der Klasse Bruno Seidlhofer (Werke von Chopin)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 7. Orchesterkonzert für Schüler der 3. Klassen, Dirigent Milo Wawak (Wiederholung vom 10. Dezember)
Sonntag 13. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Furtwängler- Gedächtniskonzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Wiederholung vom 12. Dez.)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Chor- Orchesterkonzert; Kammerorchester und Chor der Musikalischen Jugend, Dirigent Günther Theuring (Vivaldi: Gloria; Honegger: Weihnatskantate)

3. Dezember (RK)

Vorschau auf das Budget der Stadt Wien für 1960
=====

Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, legten heute im "Presseclub Concordia" den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien, bzw. die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1960 vor.

Hoheitsverwaltung: 5.501,372.800 S Einnahmen -
5.678,256.400 S Ausgaben

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppe I bis XI) für das Jahr 1960 rechnet mit ordentlichen Einnahmen von 5.501,372.800 S (1959: 5.279,450.200 S) und ordentlichen Ausgaben von 5.678,256.400 S (1959: 5.445,944.400 S). Es ist somit ein Abgang von 176,883.600 S (1959: 166,494.200 S) zu erwarten.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Voranschlag 1959 um 4.2 Prozent und die Ausgaben um 4.3 Prozent höher. Der veranschlagte Abgang beträgt 3.1 Prozent der Ausgaben.

Die Einnahmen

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (1960: 1.820,000.000 S), die im Voranschlag 1959 mit 30 Prozent beteiligt waren, erreichen nun nach dem auf fünf Jahre abgeschlossenen Finanzausgleich 36.5 Prozent der um die weiterzugebenden Darlehen bereinigten Einnahmensumme.

Die städtischen Steuern und Abgaben (1960: 1.155,165.000 S) sinken in ihrem Anteil dadurch, daß im Finanzausgleichsgesetz 1959 40 Prozent der Gewerbesteuer als Bundesgewerbesteuer abgespalten wurden, von 30 Prozent im Voranschlag 1959 auf 23.2 Prozent im Voranschlag 1960. Die Ansätze bei den einzelnen Abgaben sind, mit Ausnahme der Gewerbesteuer, auf Grund der Ergebnisse des laufenden Jahres durchwegs höher angenommen.

./.

Es werden erwartet an Gewerbesteuer 516 Millionen S, Lohnsummensteuer 240 Millionen S, Grundsteuer 135 Millionen S, Vergnügungssteuer 85 Millionen S, Getränkesteuer 110 Millionen S, Anzeigenabgabe 31 Millionen S, Ankündigungsabgabe 6,5 Millionen S, Erträgnis des Sportgroschens 1,6 Millionen S, und Gefrorenessteuer 3 Millionen S. Die Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh mit 1,8 Millionen S, Ausgleichsabgabe auf Frischfleisch mit 4,3 Millionen S und die Ortstaxe mit 5,5 Millionen S bleiben im Ansatz gleich, die Hundeabgabe wurde dem heurigen Ergebnis entsprechend mit 4,2 Millionen S veranschlagt.

Die Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren und Gebühren für die Benützung der städtischen Einrichtungen und Betriebsentgelte (1960: 621,045.800 S) sind an der bereinigten Einnahmensumme mit 12.5 Prozent (1959: 12.2 Prozent) beteiligt.

Es entfallen auf Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Amtstaxen 12.5 Millionen S und auf Gebrauchsgebühren 54 Millionen S. Die Verwaltungsgruppe III erwartet Gebühren mit 2,584.700 S, die Verwaltungsgruppe IV einschließlich der Pflegegebühren in den Erziehungs- und Altersheimen 45,885.000 S, die Verwaltungsgruppe V 268,304.300 S, die Verwaltungsgruppen VI und VII 55,588.200 S. Die öffentlichen Einrichtungen der Verwaltungsgruppe VIII veranschlagen 145,709.700 S als Betriebsleistungen für Dritte und die Verwaltungsgruppen IX bis XI rechnen mit Gebühren in der Höhe von 36,473.900 S.

Aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds werden Darlehen mit 23,538.000 S erwartet, für vorfinanzierte Bauvorhaben sollen 6,270.600 S zugezählt werden.

Die verschiedenen Einnahmen (1960: 850,082.300 S), die 17 Prozent Anteil an obiger Zwischensumme haben, setzen sich folgendermaßen zusammen: Kulturgroschen und Finanzzuweisungen 16 Millionen, Beiträge und Ersätze 341,898.500 S, Einnahmen aus dem Immobilienbesitz 194,590.300 S, Einnahmen aus dem beweglichen Vermögen 246,655.500 S, Erlöse 18,413.500 S, Strafen, Zwangsverfahrenggebühren, Säumniszuschläge 8,592.500 S, Verwaltungskostenbeiträge sonstiger Stellen 5,125.000 S, verschiedene Einnahmen 2,839.900 S, einmalige Einnahmen 15,967.100 S.

./.

Die Ausgaben

In der folgenden Übersicht sind die Ausgaben nach den wichtigsten Aufwandgruppen aufgegliedert. Wegen der besseren Vergleichsmöglichkeit mit dem Vorjahr sind die weitergegebenen Darlehen separat ausgewiesen.

	Voranschlag 1959 S	Anteil %	Voranschlag 1960 S	Anteil %
Personalaufwand	1.496,967.800	30.4	1.657,219.700	32.1
Sachaufwand	1.851,147.300	37.5	1.855,517.700	35.9
Investitionen	1.210,129.300	24.5	1.351,019.000	26.2
Darlehen	372,700.000	7.6	299,500.000	5.8
Zwischensumme	4,930,944.400	100.0	5.163,256.400	100.0
Weitergegebene Darlehen	515,000.000		515,000.000	
Gesamtsumme	5.445,944.400		5.678,256.400	

Das Personal

Der Personalstand wird gegenüber dem Voranschlag 1959 von 33.662 aktiven Angestellten auf 34.693 ansteigen. Der Stand der Pensionisten wird mit 15.153 (1959: 14.800) angenommen. Entsprechend der Steigerung des Personalstandes und der Vorsorge für den 14. Monatsbezug ergibt sich ein Gesamtpersonalaufwand von 1.657,219.700 S, das ist eine anteilmäßige Steigerung von 30.4 Prozent im Vorjahr auf 32.1 Prozent im Voranschlag 1960.

Finanzwesen

Die Ausgaben dieser Verwaltungsgruppe sind mit 1.059,406.600 S die höchsten aller Verwaltungsgruppen. Für Darlehen, Betriebskredite und Beteiligungen sind 45 Millionen, für zinsfreie Instandsetzungsdarlehen 50 Millionen vorgesehen. Entsprechend der Leistung des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 mit 90 Millionen, sind, unter Zuschuß von 50 Prozent aus den Mitteln des Landes Wien und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Rückflüsse, 144,5 Millionen S für Wohnbauförderungsdarlehen veranschlagt. Für Zusatzdarlehen zu Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und für die Neue Wiener Wohnbauaktion sind 80 Millionen angenommen. Da die Mittel

aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 60 Prozent der Bausumme, die Zusatzdarlehen 30 Prozent und die Eigenmittel des Bauwerbers mindestens zehn Prozent betragen, wird damit ein Baukapital von 250 Millionen (150 + 75 + 25) zur Verfügung stehen.

Der Anlehensdienst, zu dem die Friedhöfe mit 313.700 S, die Schlacht- und Viehhöfe mit 217.000 S, die Wasserwerke mit 5,171.500 S, die Wiener Stadtwerke mit 18,206.200 S und die "Newag" mit 435.500 S beitragsverpflichtet sind, wird für Tilgung 19,551.400 S und für Verzinsung 8,108.100 S erfordern. Der Schuldendienst wird sich auf 66,148.500 S belaufen, wovon 833.000 S auf Tilgung und Verzinsung von Hypothekarkrediten, 3,106.300 S auf Tilgung von Wohnhauswiederaufbaudarlehen, 34,096.700 S auf Tilgung und Verzinsung der für die Stadtwerke aufgenommenen Darlehen und 28,112.500 S auf Verzinsung der an die Österreichischen Bundesbahnen gegebenen Darlehen entfallen. Für Subventionen ist ein Ansatz von 4,5 Millionen Schilling angenommen; die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben ist mit 100 Millionen Schilling dotiert.

Grundlage für ein neues Stipendienwerk der Gemeinde

Doppelt so viel Geld für Festwochen 1960

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, werden mit 303,661.200 S angenommen. Für Begabtenförderung auf kulturellem Gebiet durch Stipendien und Schulgeldbeihilfen sind 2,6 Millionen bestimmt, die die Grundlage für ein neues Stipendienwerk bilden werden. Für Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport sind 11,7 Millionen, für Fremdenverkehrsförderung 6,260.000 S und für Förderungsbeiträge aus dem Kultur Groschen und aus der Vergnügungssteuer 14 Millionen vorgesehen. Der Ansatz für die Wiener Festwochen mit vier Millionen S ist gegenüber 1959 verdoppelt.

Weitere interessante Posten sind: Fünf Millionen als zweite Baurate für den Bau des Volksheimes 10, Arthaberplatz, 2,5 Millionen für das Volksheim 19, Heiligenstädter Straße. Für die Planung von fünf weiteren Volksheimen sind zusammen 500.000 S angesetzt. Die dafür vorgesehenen Plätze sind: 5, Theodor Körner-Hof, 16, Ottakringer Straße, 21, Siemensstraße, 22, Schüttaustraße, und 23, Mauer. Außerdem werden 200.000 S für die Planung des Internationalen Studentenheimes Döbling vorbereitet.

Für die Musiklehranstalten werden 12,1 Millionen aufgewendet werden, dazu kommen noch 2,4 Millionen für die Erneuerung der Zentralheizung im Konservatorium der Stadt Wien.

In der Modeschule der Stadt Wien in Hetzendorf wird die Instandsetzung des Kupferdaches fortgesetzt.

In der Denkmalpflege sind wieder 300.000 Schilling für die Instandsetzung des Stephansdomes vorgesehen. Die Wiederherstellung der Mauer des St. Marxer Friedhofes, die Instandsetzung des Wehrturmes am Leopoldsberg und die Wiederherstellung von Denkmälern und Installationen zu ihrer Anleuchtung werden insgesamt 1,2 Millionen erfordern. Zur Fertigstellung des Zentraldepots des Archivs in der Kandlgasse und für Inventaranschaffungen in diesem Gebäude werden 3,8 Millionen bereitgestellt.

Für den Körpersport sind rund 32 Millionen Schilling bereitgestellt. Davon entfallen 5,5 Millionen auf den Stockwerksaufbau, die Einfriedung und die gärtnerische Ausgestaltung des Stadions. Für Jugendspielplätze sind 2,1 Millionen vorgesehen, neue Anlagen dieser Art sollen in der Krottenbachstraße und in der Paradisgasse im 19. Bezirk geschaffen werden. Der Jugendspielplatz 17, Lidlgasse, wird fertiggestellt, der Bau des Segelflugzeughangars am Hochwasserschutzdamm wird fortgesetzt.

Das Landesjugendreferat wird für Kinder- und Jugendlager und für das Jugendfilmabonnement und für die Jugendbetreuung 480.000 Schilling ausgeben. Für den Ankauf von zehn Bungalows und für sonstiges Inventar sind 120.000 Schilling vorgesehen.

Von den Ausgaben für Schulen entfallen auf den Personalaufwand 70,343.600 S, auf den Sachaufwand 75,968.100 und auf den Investitionsaufwand 31,370.000 S.

Für die Fertigstellung der Schule für Körperbehinderte, 18, Czartoryski-Schlößl, sind 4 Millionen S, für die Schule 2, Max Winter-Platz, 200.000 S veranschlagt. Der Neubau der Schule 21, Siemensstraße, wird mit einer Baurate von 500.000 S fortgesetzt. Weitere Bauraten sind für 21, Franklinstraße, mit 5 Millionen S und für 23, Mauer, mit 1,5 Millionen S vorgesehen. Durch Aufstockung der Schule 17, Knollgasse, erwachsen Kosten von 1,3 Millionen S. Der Einbau von Zentralheizungen sowie die Verbesserung bestehender Zentralheizungen und die

planmäßige Fortsetzung der Modernisierungsaktion in den Schulen wird 8,6 Millionen S erfordern. Für den Umbau der Schule 7, Burggasse, in ein modernes, pädagogisches Institut, sind 6 Millionen S bereitgestellt.

Ferner sind für verschiedene bauliche Herstellungen in den Berufsschulen 3,465.000 S, davon je 100.000 S für die Planung einer Berufsschule für Fleischhauer und des III. Zentralberufsschulgebäudes vorgesehen. Für die Anschaffung von Möbeln, Büchern und Lehrmitteln, Maschinen und Werkzeugen sind 1,860.000 S angenommen.

Neue Kindergärten - Nun auch Kipferln zum Kaffee

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, sind, obwohl durch das Ausgleichsgesetz die Veranschlagung der Ausgleichszulage für Rentner nach dem ASVG und GSPVG in der Höhe von 55 Millionen entfiel, mit 589,231.800 S um rund sieben Millionen höher angesetzt als im Voranschlag 1959. Für das Jugendamt sind 42,832.200 S vorgesehen. Für etwa 17.000 Säuglingswäschepakete werden 3,7 Millionen gebraucht werden.

Für die Kindergärten sind 91,835.600 (1959: 81,7 Millionen S) veranschlagt. Mit einem Aufwand von 14,1 Millionen wird neben den verschiedenen baulichen Herstellungen der Neubau von zwölf Kindergärten und zwei Tageserholungsstätten fortgesetzt und der Neubau von zwei Kindergärten, 12, Tivoligasse und 21, Roda-Roda-Gasse, begonnen werden. Die Inventaranschaffungen werden mit 1,5 Millionen angenommen. In der Erholungsfürsorge sind 4,8 Millionen veranschlagt, es sollen 7.050 Kinder in 13 verschiedenen Heimen, 1.000 Kinder in acht Tageserholungsstätten und 530 Kinder in italienischen Heimen untergebracht werden.

Die Ausgaben für Erwachsenenfürsorge werden mit 119,406.100 S veranschlagt. Für den Betrieb von 73 Tagesheimstätten für alte Leute werden 1,9 Millionen gebraucht. Es werden neben dem sogenannten sorgenfreien Tag zum Kaffee zweimal wöchentlich Kuchen und viermal wöchentlich Kipferln verabreicht werden. 56 Millionen beträgt der Ansatz für Dauerunterstützungen und 6,3 Millionen jener für Geld- und Sachaushilfen. Für die Wohlfahrtskrankenpflege sind sechs Millionen angenommen.

Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten

Den Ausgaben für die in den Verwaltungsgruppen IV und V geführten Wohlfahrts- und Krankenanstalten mit 1.045,761.700 S stehen Einnahmen von 529,587.800 S gegenüber. Der Abgang von 516,173.900 S, der aus Steuermitteln zugeschossen werden muß, erhöht sich noch um die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenden Pflegegebühren von 116,826.900 S auf 633 Millionen S. Für Investitionen sind bei den Erziehungsheimen 10,4 Millionen S, bei den Altersheimen 11,8 Millionen S, bei den Herbergen für Obdachlose 600.000 S, bei den Krankenanstalten 57 Millionen S, beim Allgemeinen Krankenhaus 16,2 Millionen S (hievon entfallen auf den Neubau zehn Millionen), bei den Heil- und Pflegeanstalten neun Millionen S und beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst 1,2 Millionen S bereitgestellt.

1.75 Milliarden für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, sind um 114,473.900 S auf 1.008,219.400 (1959: 893,7 Millionen) S gestiegen. Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezogen, ergibt dies eine Summe von 1.758,424.500 (1959: 1.626,575.500) S. Das sind 31 Prozent des Budgetvolumens. Diese Summe setzt sich folgendermaßen zusammen: Darlehen und Zuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954: 144,5 Millionen S, sonstige Darlehen und Zuschüsse zur Wohnbauförderung 80 Millionen, zinsfreie Instandsetzungsdarlehen 50 Millionen, Wohnhausbau und sonstige einmalige Bauvorhaben 1.217,4 Millionen, laufende Erhaltung und Instandsetzung 266,5 Millionen.

Mit den für den Wohnhausbau bereitgestellten Mitteln sollen im kommenden Jahr 4.500 Wohnungen übergeben werden. Rechnet man noch die in der Verwaltungsgruppe II veranschlagten Mittel für Wohnbauförderung (144,5 Millionen), die Zusatzdarlehen zu den Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion bereitgestellten Mittel hinzu, so sind für weitere 5.000 Wohnungen Förderungsmittel vorhanden. Im Wiener Budget für 1960 sind daher Mittel für insgesamt 9.500 Wohnungen gesichert.

Für den Straßenbau sind 183 Millionen eingesetzt, das sind um 28.8 Prozent mehr als 1959. Es werden bedeutende Bauvorhaben durchgeführt, so die Personendurchgänge unter dem Ring bei der Bellariastraße, Babenbergerstraße, Operngasse, Schottentor. Weitere große Straßenbauvorhaben sind: innerer und äußerer Gürtel einschließlich Schleife der Straßenbahnlinie 118 und Seitenfahrbahn Uhlplatz, Altmannsdorfer Straße, Gaßmannstraße bis Breitenfurter Straße, äußerer Währinger Gürtel von Czermakgasse bis Schulgasse und Prager Straße; Rampenstrecken und neue Brücke über die Nordwestbahn von Autokaderstraße bis Rußberggasse. Ausgebaut werden: die Wientalstraße von Hackinger Steg bis Auhofbrücke, Neuwaldegger Straße von Artariastraße bis Exelbergstraße, beim Bahnhof Floridsdorf von Schöpfleuthnergasse bis Schloßhofer Straße, Vorplatz, Schloßhofer Straße von Fahrabgasse bis Am Spitz.

Auch im Brücken- und Wasserbau sind bedeutende Beträge bereitgestellt: für die Heiligenstädter Brücke als Baurate fünf Millionen, für die Stadionbrücke fünf Millionen, für die Salztorbrücke 2,5 Millionen und für Planungsarbeiten an der dritten Brücke über den Donaustrom 700.000 Schilling. Die Abfahrt von der Reichsbrücke zum Kaisermühlendamm wird mit einem Aufwand von 6,7 Millionen fertiggestellt werden. Für Brücken im Zuge von Großverkehrsstraßen sind vier Millionen als Baurate und für Bauvorhaben der Schnellbahn ein Betrag von 3,3 Millionen an die ÖBB vorgesehen. Für Schutzwasserbauten sind 14,1 Millionen bereitgestellt, die Fortsetzung der Liesingbach-Regulierung wird 5,7 Millionen, die Beseitigung der Hochwasserschäden aus 1959 noch 5,8 Millionen erfordern. Für Verkehrsbauten werden 28,7 Millionen aufgewendet werden.

Für die Garten- und Parkanlagen wird die Gemeinde Wien im nächsten Jahr 77 Millionen ausgeben. Unter anderem werden die Grünanlagen am linken und rechten Donaukanalufer im 2., 3. und 20. Bezirk, der Schweizer Garten im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau und der Volkspark am Laaer Berg neu gestaltet.

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, werden 122,219.300 S (1959: 112,981.400 S) betragen. Der Betrieb und die Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung wird 36,4 Millionen kosten. Für Neu- und Umbauten sind 18,4 Millionen, für die Weiterführung der Elektrifizierung der Gasbeleuchtung 5,5 Millionen vorgesehen.

Die Erhaltung und der Betrieb von Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz sowie der Neu- und der Umbau von Verkehrsanlagen im Zusammenhang mit Straßenbauten werden zusammen 7,5 Millionen kosten.

Neue Bäder - Erstes Baujahr der Müllverbrennungsanlage

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, stiegen gegenüber 1959 um 18.8 Prozent, und zwar auf 612,083.700 S.

Vorgesehen ist neben vielen neuen Kanalbauten das vierte Baulos des Kaiser Ebersdorfer-Sammelkanals.

Die Wasserwerke rechnen mit Ausgaben von 203,7 Millionen. Die Erhaltung der baulichen Anlagen und die Reinigung der Wasserleitungsanlagen kostet immer mehr Geld. Die Arbeiten am Grundwasserwerk Freudenau werden fortgesetzt, die Vorarbeiten für den Neubau eines Grundwasserwerkes in der Schwarzlackenau und die Vorarbeiten für den Neubau einer dritten Wiener Wasserleitung werden begonnen. Bedeutende Beträge sind auch für den Ausbau des Rohrnetzes, für die Ausgestaltung der Fernleitungsanlagen, der Kraftwerke und der Wientalwasserleitung bereitgestellt.

Die Bäder erwarten Ausgaben von 59,8 Millionen. Das Sommerbad Laaer Berg erhält den letzten Schliff, drei neue Kinderfreibäder werden errichtet und das nicht mehr repräsentative Strandbad Alte Donau wird abgerissen und neu gebaut. Es wird auch mit der Modernisierung des Amalienbades begonnen, während das Sommerbad Krapfenwaldl und das Strandbad Angelibad Kabinenzubauten erhalten und auch sonst verschönert werden.

Die Stadtreinigung und der Fuhrpark rechnen mit Ausgaben von 272,8 Millionen, denen Einnahmen von 72,4 Millionen gegenüberstehen. Die größte Aufwendung ist jene für die Müllver-

brennungsanlage auf dem Flötzersteig, für die für das kommende Jahr 73 Millionen eingesetzt sind. Für den Ankauf von Straßenpflegegeräten und Maschinen, Mülltonnen und Zubehör, für die Erneuerung des Fahrparkes sind ebenfalls bedeutende Beträge vorgesehen.

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

Der Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, werden Ausgaben in der Höhe von 233,269.500 S erwachsen. Davon entfallen auf die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser 215,5 Millionen.

Für die weitere Anschaffung von Waschmaschinen in den städtischen Wohnhäusern sind 2,1 Millionen vorgesehen.

Bei den Wäschereien und Badeanlagen in den städtischen Wohnhäusern ist für Inventaranschaffungen eine Million veranschlagt.

Wirtschaftsangelegenheiten

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, sind mit 143 Millionen um zehn Millionen höher als im Voranschlag 1959. Der höhere allgemeine Sachaufwand erklärt sich aus der Verbesserung der Beheizung und Beleuchtung und aus der Neuausstattung verschiedener Dienststellen mit entsprechendem Inventar. Die städtische Bäckerei wird den vorhandenen Hochdruckkessel gegen einen größeren austauschen.

Die Märkte veranschlagen für die baulichen Herstellungen 3,9 Millionen. Davon entfallen auf die offenen Märkte 1,6 Millionen, auf die Großmarkthalle 1,5 Millionen und auf den Zentralviehmarkt 600.000 Schilling. Für die Planung des neuen Großmarktes werden 150.000 Schilling angenommen. Bei den Schlachthöfen werden neben den mit drei Millionen angesetzten Ausgaben für umfangreiche Erhaltungsarbeiten größere bauliche Herstellungen im Betrage von 5,2 Millionen notwendig sein. Die Anschaffung von 84 elektrischen Schlachtwinden für den Rinderschlachthof wird 1,9 Millionen erfordern. Im Auslandsschlachthof wird der Umbau der Dampfmaschinen auf elektrischen Betrieb und der Umbau der Kältemaschinenanlage von Kohlensäure auf Ammoniak mit einer Rate von einer Million begonnen.

Große Grundkäufe für das städtische Wohnbauprogramm

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe XI sind mit 285,459.900 S um rund 71 Millionen höher als 1959 angesetzt. Von diesen Mehrausgaben entfallen allein auf den durch das neue Finanzausgleichsgesetz erhöhten Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei 96,9 Millionen.

Der Aufwand für die Feuerwehr wird rund 83 Millionen betragen. In der Zentralfeuerwache Am Hof sind größere bauliche Herstellungen vorgesehen. Wenn die Planung der neuen Hauptfeuerwache Leopoldstadt und der Feuerwache Kaiser-Ebersdorf weit genug fortgeschritten ist, werden hiezu noch zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Zur Sicherung der Durchführung des großen Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien sind für Grunderwerbungen 70 Millionen veranschlagt.

- - -

Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1960

=====

Der Voranschlag der Wiener Stadtwerke weist bei einem Gesamtaufwand von 3.114,725.000 Schilling und Gesamterträgen von 2.916,960.000 Schilling einen Abgang von 197,765.000 Schilling aus. Er ist damit um 8,944.000 Schilling günstiger als der Voranschlag für 1959 (Abgang 206,709.000 Schilling). Berücksichtigt man aber, daß im Voranschlag 1960 für den 14. Monatsgehalt 68,801.000 Schilling und für die Auswirkungen der 45-Stundenwoche 16,023.000 Schilling enthalten sind, für welche Positionen im Budget 1959 noch nichts vorgesehen war, so ergibt sich, daß der Voranschlag 1960 überwiegend aus diesen beiden Titeln um 93,768.000 besser ausfällt als der für das Jahr 1959. Wären der 14. Monatsgehalt und die Auswirkungen der 45-Stundenwoche nicht zu berücksichtigen gewesen, dann hätte sich anstatt eines Abganges von 197,765.000 Schilling nur ein solcher von 112,941.000 Schilling ergeben. Gegenüber den Abschlüssen für 1957 und 1958, welche Abgänge von 424,271.000 Schilling und 242,014.000 Schilling aufwiesen, und einem Budgetansatz für 1959 mit einem Defizit von 206,709.000 Schilling ist demnach eine wesentliche Besserung der Gesamtsituation der Wiener Stadtwerke eingetreten.

Die Erträge der Wiener Stadtwerke steigen gegenüber dem Budget 1959 um insgesamt 33,320.000 Schilling, wobei an Mehrerträgen 88,2 Millionen Schilling auf die E-Werke, 15,5 Millionen Schilling auf die Verkehrsbetriebe und 3,520.000 Schilling auf die Städtische Bestattung entfallen, während bei den Gaswerken eine Erlösminderung um 73,9 Millionen Schilling, hervorgerufen in der Hauptsache durch einen Koksminderabsatz infolge einer geänderten Erzeugungsweise (mehr Erdgas!) und einer Preisminderung beim Koksverkauf eintritt.

Die Aufwandentwicklung gegenüber 1959 zeigt bei den E-Werken einen Mehraufwand um 56,2 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben von 42,5 Millionen Schilling und bei der Städtischen Bestattung um 3,480.000 Schilling, während bei den Gaswerken eine Reduktion des Aufwandes um 77,8 Millionen Schilling zu verzeichnen ist. - Mehraufwand insgesamt 24,38 Millionen Schilling.

./.

Aus der Differenz zwischen einem Mehrerlös von 33,320.000 Schilling und einem Mehraufwand von 24,380.000 Schilling ergibt sich die Verbesserung um rund 8,940.000 Schilling gegenüber dem Voranschlag 1959.

Die Subventionen der E-Werke, Gaswerke und der Bestattung an die Verkehrsbetriebe werden sich im Jahre 1960 auf insgesamt 163 Millionen Schilling belaufen, von denen 130 Millionen Schilling in der Erfolgsrechnung und 33 Millionen Schilling im Finanzplan ausgewiesen sind. Für 1959 waren Subventionen in der Höhe von 180,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Abgang von 197,765.000 Schilling verteilt sich auf die vier Unternehmungen wie folgt:

E-Werke	-	3,540.000	Schilling
Gaswerke	-	21,515.000	"
Verkehrsbetriebe	-	173,054.000	"
Bestattung	+	344.000	"
		<hr/>	
	-	197,765.000	Schilling

Würden die im Erfolgsplan enthaltenen Subventionen von 130 Millionen Schilling (E-Werke: 95 Millionen Schilling, Gaswerke: 35 Millionen Schilling) nicht gewährt werden, dann würden sich folgende Überschüsse bzw. Abgänge ergeben:

E-Werke	+	91,460.000	Schilling
Gaswerke	+	13,485.000	"
Verkehrsbetriebe	-	303,054.000	"
Bestattung	+	344.000	"
		<hr/>	
	-	197,765.000	Schilling

Vergleicht man den obigen Abgang der Verkehrsbetriebe ohne Subventionen für 1960 per 303,054.000 Schilling mit jenem für 1959 per 276,105.000 Schilling, so ergibt sich eine Differenz von 26,849.000 Schilling, die aus einer Erlössteigerung um 15,5 Millionen Schilling und einem Mehraufwand von rund 42,5 Millionen Schilling resultiert, wobei von letzterem allein 27,2 Millionen Schilling auf den erhöhten Personalaufwand infolge 14. Monatsgehalt und 45-Stundenwoche entfallen.

Produktions- und Leistungsannahmen

Bei den Elektrizitätswerken wird mit einer Steigerung des Stromverkaufes von 1.521 Millionen Kilowattstunden im Vorjahr auf 1.611 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1960 gerechnet,

das sind um rund 90 Millionen Kilowattstunden oder um 5.9 Prozent mehr.

Die Gaswerke präliminieren eine Verkaufsmenge von 519 Millionen Kubikmeter, das sind gegenüber dem Vorjahr von 512,1 Millionen Kubikmeter um rund 6,9 Millionen Kubikmeter oder 1.3 Prozent mehr, wobei hinzugefügt werden muß, daß der Ansatz für 1959 zu hoch geschätzt war und bis Ende dieses Jahres nicht erreicht werden dürfte.

Die Verkehrsbetriebe rechnen gemäß den im Jahre 1959 bis jetzt vorliegenden Erfahrungen mit einer Erhöhung der Frequenz auf Straßenbahn und Stadtbahn auf 483 Millionen Fahrten (1959: 472 Millionen Fahrten), während beim Autobusbetrieb eine Steigerung von 33,850.000 Fahrten auf 35,000.000 Fahrten angenommen wird.

Erhöhung des Personalstandes in Auswirkung der 45-Stundenwoche

Die Wiener Stadtwerke präliminieren für 1960 19.537 Bedienstete, von denen 3.961 auf die E-Werke, 2.242 auf die Gaswerke, 12.786 auf die Verkehrsbetriebe und 548 auf die Bestattung entfallen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1959 ergibt sich eine Gesamtsteigerung um 485 Bedienstete, die aus einer Erhöhung bei den E-Werken um 12, bei den Verkehrsbetrieben um 580, bei der Bestattung um drei und aus einer Reduzierung bei den Gaswerken um 110 resultiert. Die Erhöhung bei den Verkehrsbetrieben um 580 Bedienstete geht fast ausschließlich auf die Auswirkung der 45-Stundenwoche im Fahrdienst zurück, wobei es allerdings noch fraglich erscheint, ob bei den derzeitigen Arbeitsmarktverhältnissen Neuaufnahmen in dem erwähnten Ausmaß möglich erscheinen, bzw. ob das Unternehmen nicht gezwungen sein wird, an Stelle einer Freizeitgewährung Überstunden bezahlen zu müssen. - Bei den Pensionsparteien wird eine Steigerung von 19.344 auf 19.531, somit um 187 Pensionsparteien angenommen. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird somit im Jahre 1960 39.068 gegen 38.396, somit um 672 mehr umfassen. - In den Personalständen der Teilunternehmungen sind insgesamt 122 Jugendliche enthalten. - Das tatsächliche Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionsparteien, ermittelt per 31. Oktober 1959, hat sich neuerlich und zwar auf 106.2 Prozent (Vorjahr 103.9) verschlechtert, wobei bei den Verkehrsbetrieben auf 100 Aktive bereits 115 (Vorjahr: 114) Pensionsparteien entfallen. ./.

Gigantisches Investitionsvolumen

War das freie Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke für 1959 mit rund 702 Millionen Schilling als kaum mehr überbietbar anzusehen, ist für das Jahr 1960 Vorsorge getroffen worden, daß nicht weniger als rund 903 Millionen Schilling investiert werden können. Die Finanzierung dieses gigantischen Investitionsvolumens wird mit 426 Millionen Schilling aus Fremd-Krediten und mit 477 Millionen Schilling aus den laufenden Einnahmen vorgenommen. Im einzelnen investieren die E-Werke 368,8 Millionen Schilling, die Gaswerke 129,560.000 Schilling, die Verkehrsbetriebe 400,586.000 Schilling und die Bestattung 4 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1959 ergibt sich bei den E-Werken eine Steigerung um 105,041.000 Schilling, bei den Gaswerken um 19,160.000 Schilling, bei den Verkehrsbetrieben um 77,647.000 Schilling und bei der Bestattung eine Verminderung um 100.000 Schilling. Insgesamt ist das Investitionsvolumen für 1960 um 201,748.000 Schilling höher angenommen worden als das für 1959.

Schienenbremsen-Programm gesichert

Besondere Sorge hat die Sicherstellung der zweiten Rate in der Höhe von 164,560.000 Schilling für die Erneuerung des Wagenparks, verursacht durch die Straßenbahnverordnung 1957 (Schienenbremsen-Programm), gemacht. Das Gesamtprogramm beläuft sich auf 481,820.000 Schilling, von denen bis Ende 1959 76,935.000 Schilling bereits ausgegeben sein werden. Für 1961 und etwa mit einer Ausnahmegenehmigung für 1962 verbleiben noch 240,325.000 Schilling, die hoffentlich in diesen beiden Jahren ebenso wie die Rate für 1960 durch Fremdkredite oder andere Möglichkeiten sichergestellt werden können. Bei der Durchführung des Schienenbremsen-Programms handelt es sich aber nicht nur um die Sicherstellung der finanziellen Mittel, sondern vor allem auch darum, ob die österreichische Industrie in der Lage ist, ein solches gewaltiges Programm termingemäß zu effektuieren.

Investitionspläne der Teilunternehmungen

Die Elektrizitätswerke investieren unter anderem für:

Umspann- und Unterwerke (ohne Bahnversorgung)	126,130.000 S
Bahnversorgung	5,950.000 "
Leitungsnetze ohne Bahnversorgung	103,725.000 "
Leitungsnetze für Bahnversorgung	4,100.000 "
Kundendienst (Meßeinrichtungen, Zähler etc.)	13,195.000 "
60-MW Anlage (Fünf-Jahresplan)	76,000.000 S

Entsprechend dem nach wie vor steigenden Verbrauch wird auch im Jahre 1960 der Bau von Umspann- und Unterwerken in forciertem Tempo fortgesetzt. Fertiggestellt wird die Erweiterung des Umspannwerkes Leopoldstadt und das Umspannwerk Traiskirchen. Fortgesetzt wird der Bau der Umspannwerke in der Kendlerstraße, in Leopoldau, Penzing, Stadlau und die Erweiterung des Umspannwerkes Weißgerber. Begonnen wird mit der Errichtung eines 110-kV Umspannwerkes in der Leopoldstadt und am Eisenstadtplatz in Favoriten. Für Umschaltungen sind im Erfolgsplan 11,6 Millionen Schilling gegenüber 5,460.000 Schilling im Wirtschaftsplan 1959 vorgesehen.

Die Gaswerke verwenden die ihnen zur Verfügung stehenden Investitionsbeträge unter anderem für:

Rohrleitungen für Wohnhausbauten	12,800.000 S
Rohrleitungen für Siedlungen und Randgebiete .	3,200.000 "
Rohrleitungen wegen Straßenbauten	3,000.000 "
Rohrauswechslungen	30,200.000 "
Rohrleitung zum Gasbehälter Wienerberg	3,500.000 "
Ausgestaltung des Erdgas-Rohrleitungsnetzes. .	6,000.000 "
Erdgas-Spaltanlagen in Simmering und Leopoldau	7,500.000 "
Fortsetzung des Gasbehälterbaues am Wienerberg	17,000.000 S

Besonders auffällig unter den Investitionen der Gaswerke ist der Anteil für neue Rohrleitungen und Rohrauswechslungen. Auf letztere entfallen mit 30,2 Millionen Schilling um 11,2 Millionen Schilling mehr als für 1959.

Die Verkehrsbetriebe investieren von den ihnen zur Verfügung stehenden 400,586.000 Schilling:

für die Straßenbahn	292,196.000 Schilling
für die Stadtbahn	42,690.000 "
für den Autobusbetrieb	65,700.000 Schilling

./.

Für die Straßenbahn werden im Vergleich zum Voranschlag 1959 um 56,077.000 Schilling und für den Autobusbetrieb um 29,923.000 Schilling mehr, hingegen für die Stadtbahn um 8,353.000 Schilling weniger ausgegeben.

Für Gleisanlagen der Straßenbahn (Projekte der Verkehrsbetriebe, des Stadtbauamtes und im Zusammenhang mit der Schnellbahn) sind 46,383.000 Schilling und für Gleisanlagen der Stadtbahn (einschließlich der Gleisanlagen für den Bahnhof Hauptzollamt) 3,140.000 Schilling reserviert.

Für die Erneuerung des Fahrparks werden insgesamt 288,040.000 Schilling zur Verfügung gestellt, wovon auf:

die Straßenbahn	211,320.000	Schilling
die Stadtbahn	30,580.000	"
den Autobusbetrieb	46,140.000	Schilling entfallen.

An neuen bzw. total umgebauten Wagen können hiefür beschafft werden: für die Straßenbahn 238 Trieb- und Beiwagen, darunter sechs vierachsige Gelenktriebwagen, 16 sechsachsige Gelenktriebwagen und 77 Großraum-Beiwagen; für die Stadtbahn 69 umgebaute Trieb- und Beiwagen; für den Autobusbetrieb 30 Großraumautobusse und 30 Doppeldecker-Autobusse. Die Anschaffung der letzteren kommt dann in Frage, wenn der erste Prototyp, der voraussichtlich im Februar 1960 fertig sein wird, sich im Verkehr bewährt hat.

An interessanten Details sind im Investitionsplan der Verkehrsbetriebe noch enthalten: der zweigleisige Ausbau der Linie 167, eine Umkehrschleife in Pötzleinsdorf, der Umbau und die Mittellage in der Prager Straße-Eisenbahnerberg, die Anschaffung von 20 Wochenkarten-Automaten, die Genehmigung des zweiten Bauabschnittes der neuen Zentralwerkstätte (85 Millionen Schilling), die Errichtung der ersten automatischen Waschanlage für Autobusse in der Garage Vorgarten, diverse Gleisanlagen (Schottentor, Uhlplatz, Schöpfleuthnergasse-Schloßhofer Straße und Anlage Rennweg-Ungargasse-Fasangasse), Herstellung der Bahnsteige und Einbau von zwei Rolltreppen in der Haltestelle Hauptzollamt, für die Zentralwerkstätte (1. Bauabschnitt) 18 Millionen Schilling, Fertigstellung der Autobusgarage in der Raxstraße und Ankauf eines Grundstückes für eine weitere Großgarage für 100 Autobusse (18 Millionen Schilling).

Der Dreizehner wird Ende 1960 umgestellt

Bei termingemäßer Lieferung der für das kommende Jahr vorgesehenen 60 neuen Autobusse werden außer der Linie 73 (nach Kaiser-Ebersdorf) auch die Linien 61. (anfangs 1960) und 13 (Ende 1960) auf den Autobusbetrieb umgestellt werden. Auf letzterer ist der Einsatz von Doppeldecker-Autobussen geplant.

Zusammenfassung

Unter der Voraussetzung, daß die präliminierten Ansätze im wesentlichen eingehalten werden können, wird das Jahr 1960 die Wiener Stadtwerke zwar keinesfalls zu dem Ideal eines ausgeglichenen Abschlusses der Wiener Stadtwerke führen, es kann aber trotzdem gesagt werden, daß die Gesamtprognose wesentlich günstiger ist als in den Vorjahren. Die Erfüllung des großen Investitionsprogrammes wird ohne Zweifel weitere Möglichkeiten der Rationalisierung gewährleisten, die sich in Zukunft sicherlich in einer wirtschaftlicheren Gebarung auswirken werden.

- - -

Wiener Budget zur öffentlichen Einsicht aufgelegt
=====

3. Dezember (RK) Der Voranschlagsentwurf der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 ist ab morgen, Freitag, den 4. Dezember, bis einschließlich Donnerstag, den 10. Dezember, im Rathaus, 2. Stock, Tür 451, innerhalb der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht aufgelegt.

- - -

Rindernachmarkt vom 3. Dezember
=====

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 4 Stiere, 57 Kühe, Summe 61, Gesamtauftrieb: 61. Verkauft wurden 16 Kühe, Summe 16. Unverkauft blieben 4 Stiere, 41 Kühe, Summe 45. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 3. Dezember
=====

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 85, Ausland: Polen 175, Gesamtauftrieb: 260. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise. Polnische Schweine notierten von 13.- bis 13.40 S.

- - -